

Antworten auf die Wahlprüfsteine des „Altonaer Manifests“

von Dr. Matthias Bartke, MdB

1. Klima

Die Eindämmung des Klimawandels ist das alles überragende Thema, an dem sich politisches Handeln in der kommenden Legislaturperiode und darüber hinaus messen lassen müssen. Daher muss die Klimafrage bei jedem Bauprojekt eine zentrale Rolle spielen und dieses auf die Auswirkungen auf das Klima hin abgeprüft werden.

1.1: Baumaßnahmen müssen klimaneutral erfolgen. Vor Genehmigung jeder Baumaßnahme muss eine Bilanzierung der damit verbundenen Auswirkungen auf das Klima erfolgen, incl. der sog. „grauen Energie“ bei der Betonherstellung, dem Transport von Baustoffen usw. Der Altbaubestand ist zu schützen. (vgl. Punkt 5)

Die weitere Versiegelung von Flächen muss gestoppt werden, öffentliches Grün, alte Bäume und Kleingärten sind besonders zu schützen. Als Mindeststandard ist dabei die Erhaltung der Grünflächen in der jeweiligen Kommune anzusehen. Entsprechende verbindliche Regelungen sind ins Baugesetzbuch aufzunehmen.

Diese Forderungen finde ich richtig.

2. Verkehr

Einen wesentlichen Beitrag zur Einhaltung der politisch deklamierten Klimaziele spielt der Verkehrssektor. Daher müssen alle Verkehrsprojekte auf ihre Auswirkungen auf das Stadtklima hin untersucht und so gestaltet werden, dass klimaschädliche Effekte minimiert werden.

2.1: Großprojekte wie neue U- oder S-Bahn-Linien, neue Bahnhöfe etc. dürfen nur bei einer positiven Klimabilanz genehmigt werden. Sie sind auch bzgl. der mit dem Bau verbundenen „grauen Energie“ auf Alternativen zu überprüfen (z.B. oberirdische Streckenführung statt Tunnel, Straßen- bzw. Stadtbahn statt U-Bahn).

Die Forderung finde ich im Prinzip richtig. Man muss bei der Bewertung der Klimabilanz allerdings verschiedene Aspekte beachten. So ist beispielsweise der Bau einer Stadtbahn in der Regel emissionsärmer als der einer U-Bahn – gleichzeitig kann die U-Bahn nach der Fertigstellung wesentlich mehr Fahrgäste transportieren und ist zudem schneller. Der vermehrte Umstieg vom Auto auf den ÖPNV, den die U-Bahn mit sich bringt, kompensiert die baulichen Emissionen auf Dauer.

2.2: Alle Mobilitätswege sind so zu gestalten, dass klimafreundliche Mobilität (Fußgänger:innen, Fahrräder, öffentliche Verkehrsmittel) gefördert und klimaschädliche (Kfz-Verkehr) reduziert wird.

Diese Forderung finde ich richtig.

2.3: In den Städten sollte grundsätzlich Tempo 30 gelten. Das reduziert den Schadstoffausstoß, reduziert Lärm, macht den Verkehr sicherer (Unfälle) und fließender. An wenigen Ausfallstraßen kann Tempo 50 gelten.

Ja, sobald in ein paar Jahren die Alternativen zum Auto flächendeckend verfügbar sind.

2.4: Die Bahn als Daseinsfürsorge muss wieder vollständig in Bundeshand, sie darf nicht profitorientiert arbeiten, alle Gelder müssen zurück in den Ausbau des Schienennetzes investiert und Bahnpreise müssen günstig gestaltet werden.

Diese Frage verstehe ich nicht ganz.

Die Bahn war immer in Bundeshand und erwirtschaftet leider keine Profite sondern hatte im vergangenen Jahr ein Defizit von 5,7 Milliarden Euro. Ich stimme allerdings zu, dass die Bahnpreise günstiger werden müssen. Der Ausbau der Bahn hat für die SPD Priorität in der Verkehrspolitik. Eine preiswerte und attraktive Bahn sind ein zentraler Baustein im Kampf gegen den Klimawandel. Dazu gehört auch, dass die Planungsprozesse für neue Bahnstrecken dramatisch beschleunigt werden müssen.

2.5: Regelmäßige zuverlässige Zugverbindungen auch mit Nachtzügen in alle europäischen Metropolen mit durchgängigen Fahrkarten zu vertretbaren Preisen müssen sichergestellt werden.

Diese Forderung finde ich richtig.

2.6: Das Flugbenzin muss besteuert werden. Flüge sollten weder direkt noch indirekt subventioniert werden.

Aktuell ist Flugkerosin EU-weit von der Kraftstoffsteuer befreit – eine wirklich unsinnige Subvention. Olaf Scholz wird sich dafür einsetzen, dass diese Subvention bald in ganz Europa gestrichen wird. Sinnvollerweise sollte hier eine weitergehende internationale Initiative über die EU hinaus gestartet werden.

2.7: Es muss ein Verbot von Dumpingpreisen (45 Euro für einen Flug übers WE nach London) geben.

Ich teile den Grundgedanken. Der Abbau klimaschädlicher Subventionen und der Ausbau günstiger und schneller Zug-Angebote ist aber meiner Ansicht nach der bessere Weg.

2.8: Nachtflüge sind bundesweit zu verbieten.

Diese Forderung finde ich falsch. Damit würden auch Interkontinentalflüge über deutschem Luftraum verboten werden, die in Deutschland weder starten noch landen. Ich setze mich dagegen für ein striktes Nachtstart- und -landeverbot ein.

2.9: Bundesgesetzliche Regelungen müssen die Nutzung der Schifffahrtswege an den Gebrauch umweltfreundlicher Technik binden. In den Häfen müssen ausreichend Landstromanlagen zur Verfügung gestellt werden. Die Landstromentnahme während der Liegezeiten muss verpflichtend sein.

Diese Forderung finde ich richtig.

3. Wohnen und Mieten

Wohnen ist ein Menschenrecht! Die Sicherung und Schaffung bezahlbaren Wohnraums gehört als Daseinsvorsorge zu den Kernaufgaben der Politik. Wohnen darf nicht länger eine Ware zur Erzielung von Gewinnen sein. Wohnungsmieten müssen bundesweit verbindlich begrenzt werden.

3.1: Die 1990 abgeschaffte Wohnungsgemeinnützigkeit muss in neuer Form wiederhergestellt werden. Sozialer, kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungsbau muss gefördert werden.

Diese Forderung finde ich richtig.

3.2: Mindestens 50% der neugebauten Wohnungen müssen Sozialwohnungen im 1. Förderweg sein. Das Prinzip muss sein: Einmal gefördert, immer gebunden!

Diese Forderung teile ich nicht. Die SPD wird 100.000 Sozialwohnungen pro Jahr neu bauen. Insgesamt sollen es 400.000 neue Wohnungen sein.

3.3: Ein bundesweiter, unbefristeter Mietendeckel ist einzuführen.

Diese Forderung teile ich nicht. Ein Mietendeckel wird die Bautätigkeit deutlich verlangsamen, wie es in Berlin bereits geschieht. Die Folge ist größere Wohnungsknappheit. Ich halte es dagegen für besser, die Mietpreisbremse weiter zu verschärfen und den Wohnungsbau weiter anzukurbeln.

3.4: Auch die Mieten für Kleingewerbe müssen gedeckelt werden.

Gewerbemieter haben deutlich weniger Schutzrechte als Wohnungsmieter. Das will die SPD ändern.

3.5: Der § 291 StGB (Mietwucher) ist dahingehend zu ändern, dass eine vom Vermieter ausgenutzte Zwangslage des Mieters nicht mehr nachgewiesen werden muss.

Diese Forderung finde ich richtig.

3.6: Ein individuell einklagbares „Recht auf Wohnen“ ist ins Grundgesetz aufzunehmen.

Das halte ich für wenig zielführend. Das Problem ist der knappe Wohnraum in Metropolen, den man durch eine Verfassungsänderung nicht vermehrt. Bei einem „Recht auf Wohnen“ kann man Wohnungssuchende immer auf ländliche Regionen verweisen, in denen es immer noch preiswerten Wohnraum gibt. Damit wäre aber das Problem des knappen Wohnraumes in den Metropolen nicht gelöst.

3.7: Es darf keine Umwandlungen von Miet- in Eigentums- oder Ferienwohnungen geben.

Die SPD hat bereits in der auslaufenden Wahlperiode ein effektives Umwandlungsverbot in angespannten Märkten durchgesetzt.

3.8: Die Rechte von Mieter:innen müssen gestärkt und demokratisiert werden (z.B. Mieter:innenräte)

Diese Forderung finde ich richtig.

3.9: Es darf keine Veräußerung von öffentlichem Grund und Boden geben. Grundstücke, die dennoch privat vergeben werden, dürfen nur nach dem Erbbaurecht verpachtet werden.

Diese Forderung finde ich richtig.

3.10: Das Vorkaufsrecht der Kommunen stärken.

Diese Forderung finde ich richtig. Es handelt sich um eine Kernforderung der SPD.

3.11: Die Spekulation mit Grund und Boden ist zu verbieten und Share Deals gehören abgeschafft.

Durch eine Bodenpolitik, die vorrangig Bauland in öffentliche Hand bringt wird auch die Spekulation unterbunden.

3.12: Es darf keine Zwangsräumungen in die Obdachlosigkeit geben.

Diese Forderung finde ich richtig.

3.13: Wir fordern die bundesweite Einführung des Prinzips von „Housing First“ für

Geflüchtete und zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit.

Diese Forderung finde ich richtig.

3.14: Wir lehnen das Prinzip der „wachsenden Stadt“ ab. Hierbei werden Menschen mit höherem Einkommen angeworben, in Großstädte zu ziehen.

Wir möchten, dass auch der dadurch ausblutende ländliche Raum gefördert wird: Eine neue Infrastruktur und gute Verkehrsanbindungen sollten Dörfer und kleinere Städte wieder attraktiv machen, damit Menschen Lust haben, auch dort zu wohnen.

Solange Metropolen wie Hamburg attraktiv sind, sollte man aber keine irgendwie geartete Form eines Zuzugsverbotes verhängen, sondern in den Bau von preiswertem Wohnraum investieren, um die Wohnungsknappheit zu bekämpfen.

4. Demokratie

Die Gestaltung einer zukunftsfähigen Stadt verlangt den Ausgleich unterschiedlichster Interessen der Bürger:innen dieser Stadt. Zwar gibt es in der Stadtplanung diverse Formen der „Bürgerbeteiligung“, tatsächlich haben diese aber nur selten Einfluss auf die Entscheidungen. So wird die Stadtentwicklung vor allem von renditeorientierten Investoreninteressen bestimmt, die betroffene Bevölkerung fühlt sich zu Recht übergangen.

4.1: Die Kommunen müssen zu einer echten demokratischen Mitentscheidung der Bürger:innen an allen relevanten Planungen verpflichtet werden.

Ich teile diese Forderung. Gleichzeitig steht es ja grundsätzlich jedem frei, sich selbst in der Kommunalpolitik zu engagieren und die Entwicklung der Kommune aktiv mitzugestalten.

4.2: Die Transparenz aller Planungsprozesse muss sichergestellt werden. Alle mit der Stadtentwicklung befassten Gremien (auch Bauausschüsse, Bodenkommission etc.) müssen öffentlich tagen.

Diese Forderung finde ich richtig.

5. Erhaltung der Bausubstanz

Jede Stadt hat eine lebendige Geschichte, die auch von den Bürger:innen gestaltet wurde und Niederschlag in den Bauten der Stadt gefunden hat. Daher ist die historische Bausubstanz der Stadt – soweit es irgend möglich ist - zu erhalten und behutsam zu modernisieren. Dies ist auch ein Beitrag zum schonenden Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen und zum Klimaschutz. Die Wohnungsmieten in Altbauten sind oft günstiger als im Neubau. Neuer Wohnraum kann in vielen Fällen durch Umnutzung nicht mehr benötigter Gewerbe-, Schul- oder Krankenhausbauten gewonnen werden.

5.1: Entsprechend dem Grundgesetzartikel 14 („Eigentum verpflichtet“) sind Eigentümer:innen von Wohn- und Gewerbegebäuden zur Instandhaltung ihres Eigentums verpflichtet. Da diese Verpflichtung oft bewusst vernachlässigt wird, braucht es gesetzliche Vorgaben und Sanktionen, die die Durchsetzung erleichtern.

Bei wiederholter Vernachlässigung der Instandhaltungspflicht muss eine Enteignung nach Art. 15 GG zwingend erfolgen. Bei schuldhafter Vernachlässigung muss eine Entschädigung ausgeschlossen sein. Entsprechende bundesgesetzliche Regelungen sind zu schaffen.

Ich teile den Grundgedanken, habe aber erhebliche Zweifel, dass eine derartige Regel verfassungskonform wäre.

5.2: Bei Leerstand von Wohnungen oder Gewerberäumen über mehr als 6 Monate muss den Kommunen ein Belegungsrecht gesetzlich zugestanden werden.

Diese Forderung finde ich richtig. Diese Regelung müsste jedoch rechtlich klar ausdifferenziert werden.

5.3: Aus ökologischen, sozialen und stadtgeschichtlichen Gründen muss der Schutz des Altbaubestandes ins Baugesetzbuch aufgenommen werden. Dem Abriss von Altbauten müssen klare bundesgesetzliche Hürden vorgeschaltet werden. Die Erhaltung und Sanierung, ggf. Ausbau und Umnutzung vorhandener Altbauten muss grundsätzlich Vorrang vor Neubau haben.

Diese Forderung finde ich richtig. In vielen Fällen verhindern die bereits bestehenden Denkmalschutzgesetze der Länder schon jetzt den Abriss von Altbauten.